



Protokoll der 10. Sitzung  
des 51. Studierenden-  
parlaments  
am 28. Juni 2018

(2. Revision)

# Inhalt

Anwesenheitsliste	03
TOP 01: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	04
TOP 02: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung	04
TOP 03: Festlegung der Tagesordnung	04
TOP 04: Bericht des SP-Sprecher und Anfragen	04
TOP 05: Bericht des AStA und Anfragen	05
TOP 06: Grußwort Hochschule Bochum	13
TOP 07: Berichte der Gremien	13
TOP 08: Zweite Lesung der Sozialbeitragsordnung	14
TOP 09: Dritte Lesung der Sozialbeitragsordnung	15
TOP 10: Druckerei	16
TOP 11: Wahl-O-Mat	17
TOP 12: Antrag WiWi	32
TOP 13: Verschiedenes	32

# Anwesenheit

Nachname	Vorname	Liste/Gremium	Anmerkungen/Vertretung
Delveaux	Jasmin	Juso-HSG	Schütz, Susanne
Yavuz	Emre	Juso-HSG	anwesend
Yavuz	Eren	Juso-HSG	anwesend
Borsch	Lena	Juso-HSG	Später Kunz, Artur
Hähner	Peter	Juso-HSG	anwesend
Pennekamp	Franziska	GRAS	anwesend
Brinkmann	Lennart	GRAS	anwesend
von Witzleben	Nina	GRAS	anwesend
Kaplan	Salih	GRAS	Mantoan, Justin
Brosch	Valerie	GRAS	Degner, Jennifer
Steisel	Peter	GRAS	Schmitz, Leon
Richardt	Olivia	GEWI	Heintze, Sven
Brüggemann	Matthias	GEWI	anwesend
Karabulut	Ramazan	IL	anwesend
Dikman	Zeynep-Fatma	IL	anwesend
Scheufler	Carla	LiLi	
Elmas	Baris	LiLi	Mert, Hevideir
Luckard	Cristian	LiLi	anwesend
Müller	Rike	LiLi	Wichmann, Nicolai
Nickel	Felix	LiLi	
Boxler	Marcus	LiLi	anwesend
Stallmeier	Marileen	NAWI	Zurkuhl, Lionel
Schomann	Max	NAWI	anwesend
Kaya	Muhammed	NAWI	anwesend
Smirnova	Ksenia	NAWI	anwesend
Schmidt	Felix	NAWI	Mohr, Felix
Dickmann	Fabian	NAWI	anwesend
Schmidt	Lena	NAWI	
Buchmann	Adrian	NAWI	
Kappes	Charline	JuLi	anwesend
Stenzel	Florian	JuLi	anwesend
Lögering	Katrin	Die Liste	anwesend
Semenowicz	David	ReWi	Mollenhauer, Christina
Meier	Lukas	ReWi	anwesend
Arthkamp	Matthias	RCDS	Anwesend. Später Käppel, Felix

## **TOP 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) begrüßt die Anwesenden um 18:50 Uhr.

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Da Max die heutige Sitzung leiten wird, fragt er nach freiwilligen, die protokollieren können bzw. wollen.

Er geht die Anwesenheitsliste durch. Bis jetzt findet sich noch niemand. Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) erklärt sich bereit Protokoll zu führen, sofern es niemand anderes macht.

Es sind 29 Parlamentarier\*innen anwesend.

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) wird die heutige Sitzung protokollieren.

## **TOP 2 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

Cristian (LiLi) merkt an, dass sein Name stets falsch protokolliert wurde.

Nicolai (LiLi) merkt an, dass im 9. Protokoll der Name Christian/Cristian auftauche und man keine Zugehörigkeit feststellen könne. Sei nun Cristian (LiLi) oder Christian Grabowski gemeint?

Max (stellv. StuPi) sagt, dass damit Christian Grabowski gemeint sei.

Marcus (LiLi) erklärt, dass beim letzten Antrag zur Informationslage er gesagt habe, dass das Rektorat sich nicht gegen die Studierendenschaft laut Satzung richten dürfe. Dies sei aber nicht in der Satzung drin, sodass er seinen Redebeitrag zurückziehen würde.

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) fragt, ob es noch weitere Anmerkungen gäbe?

Ska (GRAS) redaktionelle Änderung im 7. Protokoll auf S.18.

**Wir stimmen über das 7. Protokoll ab.**

**Dies wird einstimmig angenommen.**

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) merkt an, dass im 8. Protokoll in ihrem Redebeitrag ein Fehler sei. Sie bittet um die Streichung des Satzes „die Zielvereinbarungen der Referent\*innen wird hochgeladen“, da sie dies so nicht gesagt habe.

Der Satz wird gestrichen.

**Wir stimmen über das 8. Protokoll ab.**

**Dies wird einstimmig angenommen.**

## **TOP3 Festlegung der Tagesordnung**

Matthias (RCDS) erklärt, dass der Präsident der Hochschule Bochum anwesend sei. Deshalb bittet er als Ergänzung „Bericht/Grußwort des SP-Präsidenten der Hochschule Bochum“.

Franziska (GRAS) bittet um hinzufügen des TOPs „Stellungnahme zum Referentenentwurf“.

**Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.**

## **TOP4 Berichte und Anfragen des SP-Sprechers**

Seit der vergangene Sitzung von vor einer Woche gäbe es nichts neues zu berichten.

Es gibt keine Anfragen.

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) schließt den TOP.

## **TOP5 Berichte und Anfragen des AStAs**

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) berichtet, dass vergangene Woche am Donnerstag eine Begehung der zu abgebenden AStA Räumlichkeiten stattgefunden habe. Hierbei erwähnt sie, dass die Räume GA 03/33, GA 03/34, GA 03/35, GA 03/36, GA 03/37, GA 03/134, GA 04/161, NABF 03/396, NABF 03/397 und NC 8/102 abgeben werden sollen. Im Gegenzug zu NC 8/102 könne man GA 03/35 bekommen.

Weiter berichtet sie, dass die Reihe Politiker\*innen im Hörsaal stattgefunden habe. Den Auftakt habe man mit Herrn Gysi am vergangenen Freitag gehabt. Der Hörsaal sei nach zwei Minuten gefüllt gewesen.

Lea (RCDS) fragt, warum man nicht einen größeren Hörsaal, z.B. das Audimax genommen habe. Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) beantwortet, dass das Audimax zu teuer gewesen wäre, da dieses von UNIversaal betrieben werde.

Weiter berichtet Zeynep, dass die Stellungnahme des AStAs zum Referentenentwurf des neuen Hochschulgesetzes fertig sei.

„Liebe interessierte Öffentlichkeit, liebe Leserschaft, liebe Mitstudierende,

am 30. Januar 2018 veröffentlichte die neue Landesregierung in NRW ein sechsseitiges Eckpunktepapier, am 15. Mai 2018 den dazugehörigen Referentenentwurf.

Die Ministerin für Kultur- und Wissenschaft, Frau Isabel Pfeiffer-Poensgen versprach bei Veröffentlichung des Eckpunktepapiers, dass man mit dem Hochschulgesetz die Rahmenbedingungen für Qualität und Erfolg im Studium und für die Exzellenz in der Forschung verbessern werde. Auch solle die Autonomie und die eigene Gestaltungskraft der nordrhein-westfälischen Hochschulen in den Mittelpunkt gerückt werden.<sup>1</sup>

Jedoch verspricht das Eckpunktepapier, gleichermaßen der Referentenentwurf etwas Anderes.

Die Autonomie der Hochschulen wird sichtlich dadurch gewährleistet, dass die Autonomie der Studierenden eingeschränkt wird.

## **Streichung der Zivilklausel im Hochschulgesetz**

Schockierend ist der §3 Abs. 6, die Streichung der Regelung zur Friedens- bzw. Zivilklausel der Hochschulen.<sup>2</sup> Als AStA der Ruhr-Universität Bochum betrachten wir die Abschaffung der Zivil- und Friedensklausel als prekär.

---

<sup>1</sup> <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/hochschulgesetz-nordrhein-westfalen-wird-novelliert-mehr-autonomie-fuer-die>

<sup>2</sup> „Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt.“ ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf))

Mit der Streichung der Zivilklausel steht es den Hochschulen frei sich an militärischer Forschung zu beteiligen. Über die Vergabe von Drittmitteln könnte die militärische Forschung direkt stärker in den Fokus rücken. Zudem gibt es keinen Grund, an zivilen und öffentlichen Universitäten an militärischen Technologien zu forschen. Für militärische Forschung gibt es eigene Einrichtungen, sie hat daher keinen Platz an der RUB. Auch wenn die Friedensklausel in der Verfassung der Ruhr-Universität Bochum in Zukunft bestehen bleibt, befinden wir es als äußerst wichtig uns für eine gesetzliche Friedensordnung stark zu machen und diese demonstrativ im Hochschulgesetz zu verankern.

Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes im Jahre 2014 wurde die Friedensklausel mit in die Grundordnung der Ruhr-Universität Bochum aufgenommen.<sup>3</sup> Im Senat hieß es dazu, dass die Friedensklausel, die es an unserer Universität gibt, in der Grundordnung bleiben solle. Dies begrüßen wir und hoffen, dass sich an diese Zusage gehalten wird und sich die anderen Hochschulen ein Beispiel an unserer Universität nehmen!

### **Der Hochschulrat**

Im Entwurf wird die Autonomie der Hochschulen erwähnt. Für den Hochschulrat heißt es mehr Einfluss, das ist richtig.<sup>4</sup> Der Hochschulrat ist ein Gremium besetzt von alteingesessenen Geschäftsleuten. Es scheint als sei studentische Partizipation ist hier weder möglich noch erwünscht. Auch befinden sich wenig Professoren unter den Mitgliedern des Rates. Besetzt werden die Hochschulräte folglich von externen Personen, die keinerlei Bezug zu Studierendenschaft und deren Vertretung haben. Den meisten Mitgliedern dürfte damit eine ausreichende fachliche Nähe fehlen, um auf verwaltungstechnischer Ebene Entscheidungen im Sinne aller Studierenden zu treffen. Der Hochschulrat hätte mehr Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Hochschulen. Die Stärkung des Hochschulrates bedeutet aber auch die Schwächung des Senates. In §21 Abs. 4 wird die Kompetenz des Senats massiv eingeschränkt („... verweigert der Senat die Bestätigung, wird die Abstimmung auf Antrag des Rektorats wiederholt“). Begründet wird dies mit der „Stärkung der Effizienz der Selbstverwaltung.“<sup>5</sup> Skeptisch blicken wir auf diese Formulierung und fordern die Beibehaltung der Formulierung aus dem Hochschulgesetz, das im Jahre 2014 in Kraft getreten ist! Auch soll der Hochschulrat nur noch mindestens einmal im Jahr (vgl. zu vorher: einmal im Semester) nach §21 Abs. 5a Gelegenheit zur Information und Beratung geben.

---

3 Grundordnung der Ruhr-Universität Bochum Art. 2 Abs. 2 „Die Ruhr- Universität entwickelt ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie ist friedlichen Zielen verpflichtet und kommt ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach.“ (<http://www.uv.ruhr-uni-bochum.de/dezer-nat1/amtliche/VerfassungRUB.pdf>)

4 §21 Abs. 1 Satz 2 ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf))

5 §21 Abs. 4 amtliche Begründung ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf)).

Als AStA der Ruhr-Universität finden wir diese Entwicklung bedenklich und sind der Meinung, dass gerade dies kein Ausbau der Hochschulfreiheit ist.

## **Senat**

Nicht nur die Stellung des Senats als Ganzes wird zugunsten des Hochschulrats geschwächt, auch das Gewicht der studentischen Fraktion wird durch die Abschaffung der Viertelparität<sup>6</sup> reduziert.<sup>7</sup> Man könnte nun anbringen, dass nicht „abgeschafft“ wird, sondern den Hochschulen die Freiheit gegeben wird, sich das Modell auszusuchen. Wer aber mit Personen spricht, die noch das vorige Hochschulgesetz kennen, erfährt schnell, dass die Hochschulen früher nicht gerade Vorreiter im Bezug auf studentische Partizipation waren, sondern zu jedem wichtigen Schritt vom Gesetzgeber „gezwungen“ wurden. In der amtlichen Begründung steht, dass die Gruppenparität mit Blick auf die Wissenschaftsfreiheit nicht als gesetzliches Regelmodell der Senatsverfassung dienen könne. Jedoch ist die Mitgestaltung aller Statusgruppen des Senats als Zeichen der Demokratie innerhalb der Universität zu verstehen. Mit der Streichung der Viertelparität wird die Chance auf Dialog zu Nichte gemacht! Die Streichung führt zur Schwächung des demokratischen Zusammenlebens an unserer Universität!

Als AStA der Ruhr-Universität Bochum fordern wir die vorgeschriebene viertelparitätische Besetzung des Senats im Hochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, sowie in der Grundordnung unserer Hochschule beizubehalten.

## **Abschaffung der Studienbeiräte**

Weiter sollen die Studienbeiräte im Referentenentwurf optional abgeschafft werden. Dies bedeutet, dass die Studierenden in den universitären Gremien weniger Mitspracherecht, u.a. Mitspracherecht in der Prüfungsordnung haben. Begründet wird dies mit der Stärkung der Hochschulautonomie.<sup>8</sup>

In §64 begründet man dies auch damit, dass Studierende dem Sachstand der Hochschulen trauen könnten.

Wenn wir uns an das Gespräch mit dem Rektorat vom 13.04.2018 zurückerinnern, heißt es für uns Studierende, dass die Beiräte abgeschafft werden. Der Rektor meinte im Gespräch, dass er bei dem Eckpunktepapier „voll und ganz auf Linie mit der Landesregierung“ sei.

---

6 Viertelparität:

7 §22 Abs. 2 amtliche Begründung ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf)).

8 Referentenentwurf §28 Abs. 8 ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf)).

Als AStA der Ruhr-Universität Bochum plädieren wir für dieses Mitbestimmungsrecht der Studierenden auch in den akademischen Gremien und hoffen, dass dieses Mitbestimmungsrecht nicht eingeschränkt wird!

### **Streichung des Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen<sup>9</sup>**

Die Anwendung des Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen wird im Referentenentwurf ersatzlos gestrichen. Begründet wird dies durch einen Vertrag über gute Beschäftigung, der zwischen den Hochschulen, den Personalvertretungen und dem Ministerium geschlossen wurde. Im selben Atemzug wird gesagt, dass man solche Verträge ohne staatlichen Zwang erreichen solle, demnach § 34a ersatzlos gestrichen werden könne. Statt die gegebene Möglichkeit auszubauen und zu verbessern, wird die Verantwortung den Hochschulen übertragen. Konzepte diesbezüglich liegen jedoch nicht vor!

Was wir machen können? Nur hoffen, dass die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen sich bessern!

### **Streichung der Stelle einer beauftragten Person für Belange studentischer Hilfskräfte (SHK-RAT)<sup>10</sup>**

In § 46a wird die Stelle einer beauftragten Person für Belange studentischer Hilfskräfte gestrichen. Hierbei wird die Vertretung der Studentischen Hilfskräfte der Grundordnung der Hochschulen überlassen. Für studentische Hilfskräfte ist es von hoher Bedeutung, dass sie Beauftragte als Anlaufstelle haben. Wünschenswert wäre es, wenn die SHK-Räte in eine vollwertige Personalvertretung nach LPVG<sup>11</sup> eingegliedert werden würden. Wenn die Grundordnung der Ruhr-Universität Bochum so beibehalten wird, bleibt auch der SHK-Rat an unserer Universität.<sup>12</sup>

### **Bessere Bedingungen der Studierenden durch Online-Self-Assessments**

Im § 48 Abs. 9 sieht der Referentenentwurf vor, dass zur Verbesserung des Studienerfolgs ein Online-Self-Assessment durchgeführt werden muss.<sup>13</sup> Begründet wird ein Testverfahren damit, dass

---

<sup>9</sup> § 34a ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf)).

<sup>10</sup> § 46a amtliche Begründung ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf)).

<sup>11</sup> [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_text\\_anzeigen?v\\_id=720031009101436847](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=720031009101436847).

<sup>12</sup> Art. 17 Grundordnung der Ruhr-Universität Bochum (<http://www.uv.ruhr-uni-bochum.de/dezernat1/amtliche/VerfassungRUB.pdf>).

<sup>13</sup> „Dies gilt insbesondere für Studiengänge mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss aus den Fächergruppen Wirtschaftswissenschaften, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik sowie Rechtswissenschaften. Das Nähere regelt die Einschreibeordnung“ (<https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/>



das Self-Assessment Studieninteressierten helfen soll, sich über die fachlichen Anforderungen eines konkreten Studienganges bewusst zu werden und diese mit dem eigenen Kenntnisstand abzugleichen. Als Zusatz wird dies für ein erfolgreiches Studium begründet, womöglich um die Quote der abbrechenden Studierenden zu senken.

Man orientierte sich dabei an einem Vorläufermodell aus Aachen, das zu verschiedenen Problemen führte: die Tests sind allgemein gehalten; es gibt demnach einen allgemeinen MINT-Teil, der Sachen abfragt, die man im Studienverlauf womöglich nicht braucht. Ein schlechtes Abschneiden könnte dazu führen, dass angehende Studis sich fälschlich für ungeeignet halten. Als Vertretung der Studierendenschaft lehnen wir die Änderung im Hochschulgesetz ab! Wir halten eine ausgeprägte Förderung der Studienberatung und Vorkurse für zielführender als Online-Self-Assessments, welche ohnehin nicht bindend sind.

### **Studienverlaufsvereinbarung<sup>14</sup>**

Die Lösung heißt nun „Studienverlaufsvereinbarung“. Hiermit möchte die Landesregierung ein erfolgreiches Studium und somit den Studierenden einen erfolgreichen Abschluss gewährleisten. Die sehen wir als einen bürokratischen Mehraufwand der Studienfachberatung, die ohnehin überlastet ist! „Nach Ablauf der Hälfte der Regelstudienzeit, beziehungsweise frühestens drei Monate nach dem Ende des zweiten Semesters ist eine Teilnahme an einer Studienfachberatung, wenn die Studienziele nicht erreicht wurden, verpflichtend! Durch diesen Mehraufwand der Bürokratie wird neben dem Bolognaprozess noch mehr Druck auf die Studierenden ausgeübt.

Wir sind der Meinung, dass die Quote der abbrechenden Studierenden so nicht geregelt werden kann. Die Universität sollte stattdessen die Qualität in der Lehre vorantreiben und fördern! Vor allem ist § 58a Abs. 4 Satz 1 zu kritisieren!<sup>15</sup> Das System ist bislang wenig transparent, bei einigen Prüfungsleistungen nicht direkt zu bestehen kann den Besten passieren, durch diese Vereinbarungen und Beratungen wird zusätzlicher Druck aufgebaut.

Die Zwangsexmatrikulation könnte am Ende eines solchen Prozesses stehen. Zudem sollten Probleme individualisiert werden. Doch wer legt diese fest? Durch die mögliche Abschaffung der Studienbeiräte haben auch hierbei die Studierenden kein Mitspracherecht in der Prüfungsordnung!

Deshalb fordern wir die Streichung der Studienverlaufsvereinbarung in §58a Abs. 3 sowie 4!

---

externe\_Projekte/Referentenentwurf\_Hochschulgesetz.pdf).

14 § 58a ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf)).

15 „Für den Fall, dass eine Studienverlaufsvereinbarung nach Absatz 3 nicht zustande kommt, kann die Prüfungsordnung weiter vorsehen, dass im Ergebnis von Studienfachberatungen nach Absatz 3 Satz 1 die oder der Studierende verpflichtet wird, innerhalb einer festzulegenden Frist bestimmte Prüfungsleistungen oder Teilnahmevoraussetzungen von Prüfungsleistungen zu erbringen" ([https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe\\_Projekte/Referentenentwurf\\_Hochschulgesetz.pdf](https://www.mkw.nrw/fileadmin/Medien/Bilder/Startseitenmeldungen/externe_Projekte/Referentenentwurf_Hochschulgesetz.pdf)).

## **Aufhebung des Verbots von Anwesenheitspflichten**

Hierbei steht die Streichung der Regelung bzgl. der Anwesenheitspflichten des §64 Abs. 2a<sup>16</sup> im Fokus.

Für Studierende bedeutet dies, dass man erneut dazu gezwungen wird an Seminaren teilzunehmen. Ärztliche Termine, Kinder im Studium, Erarbeiten des Lebensunterhaltes und mangelnde Unterstützung seitens des Staates und der Familie, sowie ein Leben unterhalb des Existenzminimums sind reale Probleme, von denen sich die aktuelle Politik offenbar nicht beeindrucken lässt.

Auch ist eine verpflichtende Teilnahme ein klares Zeichen, dass gute Lehre nicht mehr im Fokus der Regierung steht. Die Autonomie der Studierenden wird dabei ebenso völlig außer Acht gelassen. Als AStA der Ruhr-Universität finden wir, dass das Studium von Haus aus einen wissenschaftlichen und insbesondere autodidaktischen Anspruch besitzt.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der allgemeinen Hochschulreife darf man sich in die Sekundarstufe III. versetzen lassen.

## **Forderungen**

Da die Studierendenschaft, und damit letztlich alle einzelnen Studierenden Teil der Hochschule ist, wäre dies in der Autonomie der Hochschule auf den Einzelnen betrachtet, eher ein demokratischer Rückschritt. Problematisch betrachten wir hierbei ebenso die Qualität vieler Vorlesungen und Seminaren, die didaktisch schlecht aufgearbeitet sind, sodass die Möglichkeit des Eigenstudiums weitaus größeren Wert besitzt.

## **Online-Lehrangebote**

Auch ist es wunderlich, dass im §3 Abs. 3 die Online-Lehrangebote aufgeführt werden, obwohl man sogleich über die stufenweise partielle Anwesenheitspflicht spricht.

In dem Paragraphen geht man nicht auf die Anwesenheitskontrollen ein. Im Referentenentwurf spricht man von einem Nachteilsausgleich, welcher für Studierende mit Behinderungen und sämtlichen Beeinträchtigungen gelten soll. Wir begrüßen die Inklusionsarbeit der neuen Landesregierung, sind jedoch für die Beibehaltung des §64 Abs. 2a in ihrer alten Form!

Zusammengefasst kann man sagen, dass die Landesregierung die Freiheit und das Mitbestimmungsrecht von Studierenden erheblich einschränkt, damit die Universitäten weniger Aufwand haben. Man sollte meinen, dass gerade selbstständiges Denken, Interesse und Engagement an Universitäten

---

<sup>16</sup> (2a) Eine verpflichtende Teilnahme der Studierenden an Lehrveranstaltungen darf als Teilnahmevoraussetzung für Prüfungsleistungen nicht geregelt werden, es sei denn, bei der Lehrveranstaltung handelt es sich um eine Exkursion, einen Sprachkurs, ein Praktikum, eine praktische Übung oder eine vergleichbare Lehrveranstaltung. ([https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_bes\\_detail?sg=0&menu=1&bes\\_id=28364&anw\\_nr=2&aufgehoben=N&det\\_id=397626](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=28364&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=397626)).

gefördert und gefordert wird. Als AStA der Ruhr-Universität Bochum sind wir der Ansicht, dass es nicht im Bestreben einer Universität und der Politik des Landes sein sollte, den Studierenden und der Bürgerschaft des Landes den Wert der Bildung vorzuenthalten und ihnen Bildung zu verweigern bzw. weitere Hürden während des Studiums aufzustellen.

Generell sind wir der Ansicht, dass das Eckpunktepapier und der Referentenentwurf gravierende Einschränkungen für die Studierenden aufzeigen.

Als Studierendenvertretung lehnen wir solche Einschränkungen und Bevormundungen in einem Abschnitt des Lebens, der sich eigentlich durch seine Wichtigkeit im Erlernen der Selbstorganisation auszeichnet, ab!

Zudem bemängeln wir, dass Studierende, die besonderes Engagement im hochschulpolitischen Rahmen oder besondere Lebensumstände aufweisen mit den oben kritisierten Änderungen erheblich benachteiligt werden.“

Justin (GRAS) merkt zur Afrin Stellungnahme an, dass der Satz „Es ist bestürzend zu sehen, dass Bürger\*innen eines Staates nicht friedlich [...] Seite an Seite leben können.“ impliziere, dass die Türkei Hoheitsansprüche auf Afrin habe. Er fragt, ob der AStA dies so meine.

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) sagt, dass dies unglücklich ausgedrückt sei. Sie sagt, dass es aussagen sollte, dass Menschen auf der ganzen Welt, innerhalb und außerhalb der Grenzen des Landes, nicht friedlich miteinander leben und sie dies schade finde. Auch sagt sie, dass sie gegen Grenzen von Nationen und Nationalgedanken sei und dies damit gemeint sein sollte. Sie werde die Stellungnahme in dem Punkt überarbeiten. Zeynep bittet, dass alle Anfragen bitte per Mail an [anfrage@asta-bochum.de](mailto:anfrage@asta-bochum.de) geschickt werden sollten. Da sie spontan nicht weiteres über die Stellungnahme sagen könne.

Matthias (RCDS) fragt, ob man die 11 Seiten des Verbindungsreaders zu lesen bekommen könne.

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) beteuert die Situation. Sie könne die geschriebenen Seiten nicht finden.

Matthias (RCDS) fragt, ob Zeynep den Inhalt grob wiedergeben könne.

Zeynep (iL, AStA Vorsitzende) gibt den Inhalt grob wieder. Sie habe mit der Gründungsgeschichte im 19. Jahrhundert angefangen (Wartburgfest, 1817), die Zeit bis zum Hambacherfest 1832, Revolution 1848 bis zur Reichsgründung 1871 und ihre Wirkung im ersten Weltkrieg, Burschenschaften und Verbindungen in der Weimarer Republik bis zur NS-Zeit und ihre Rolle.

Zeynep fragt Matthias (RCDS) ob er dann den Reader machen möchte. Er möge seine Bewerbung an [bewerbung@asta-bochum.de](mailto:bewerbung@asta-bochum.de) schicken.

Matthias (RCDS) sagt, dass er sich als Referent für Politische Bildung bewerben werde.

Weiterhin berichtet Zeynep, dass die Aktion „Deckel gegen Polio“ gestartet sei. Leider seien die Schüsser der Mülltonnen entwendet worden und als „normal Mülltonne“ missbraucht worden.

Franziska (GRAS) fragt, ob man etwas zum Leitbild Mobilität der Stadt Bochum machen möchte.

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) entschuldigt sich. Sie habe vergessen zu berichten, dass der AStA eine Stellungnahme hierzu habe und am 05.07.2018 hierzu eine Veranstaltung stattfinden werde. Alle Personen sind dazu eingeladen und können über die Stellungnahme mitentscheiden.

Franziska (GRAS) bittet, dass man im StuPa darüber abstimmen sollte und bittet um eine StuPa Sitzung am kommenden Freitag (06.07.2018).

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) sagt, dass man auf der Veranstaltung dies besprechen möchte und lädt alle Listen hierzu ein. Man könne so die Stellungnahme mit allen Interessierten schreiben und an die Stadt Bochum verschicken.

Lennart (GRAS) fragt Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) ob sie sich in ihrer Funktion als Rechtsaufsicht nicht an Beschlüsse des Studierendenparlaments gebunden fühle.

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) sagt, dass sie in der Funktion der AStA Vorsitzenden sich an Beschlüsse des Studierendenparlaments gebunden fühlt.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) berichtet, dass er zusammen mit Sonja vom AFLR an einem Termin beim Gleichstellungsbüro teilgenommen habe, er aber aus naheliegenden Gründen nicht in Details gehen könne. Dann habe er im Parlament nach Erfahrungswerten gefragt, woraufhin auf das zentrale Beschwerdesystem verwiesen wurde, wo die Sache jetzt auch anhängig ist.

Lennart (GRAS) für Beschäftigte und nicht für die anderen.

Es gibt eine Frage zur Druckerei.

Lukas erklärt, dass er bezüglich der Druckerei nach dem Konzept gefragt wurde, er gesagt habe, dass er weiterhin daran arbeite, man aber teilweise vom Alltag überholt werde und er es schade finde, dass man die sinnvollen Zeitpunkte, zum Anfang und zum Ende eines Haushaltsjahres, nicht genutzt habe, um ein Konzept vorzulegen.

Zudem wurde der AStA von der UV kontaktiert, um über eine mögliche Verlegung der Druckerei in GC zu diskutieren. Hierzu sagt er, dass er da mit den Geschäftsführern einer Meinung sei, dass man dies verhindern wolle und wenn es tatsächlich so kommen sollte einen weiteren Betrieb der Druckerei kritisch sehe.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) schließt den TOP.

#### **TOP6 Grußwort Hochschule Bochum**

Max (RCDS, Hochschule Bochum): haben sich konstituiert haben sich zusammengefunden. Er bittet drum, dass der AStA der RUB bitte Geld der Beratungsstellen, die man als Kooperation mal hatte zurückgeben möge.

#### **TOP7 Berichte der Gremien**

Marco (FSVK) am Montag: Lasers and Photonics hatte eine Gründungs VV, Satzung gegeben, FSR gegründet und Ämter gewählt.

Protestplenum: am 10.07.2018 Aktion gegen die Landesregierung und Referentenentwurf. Bittet um einen Redebeitrag vom StuPa. Auch sagt er, dass er vor einiger Zeit an alle Listen eine Mail verschickt habe.

Franziska (GRAS) regt an, dass der Sprecher dies machen könne.

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) sagt, dass er David (ReWi, StuPa-Sprecher) frage.

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) schließt den TOP.

## TOP8 Zweite Lesung der Sozialbeitragsordnung

**Die dreiunddreißigste Sozialbeitragsordnung für die Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum vom 23.November 2011 (Amtliche Bekanntmachung Nr. 905 vom 10. Januar 2012), zuletzt geändert durch die Änderungsordnung vom 11. Januar 2018 (Amtliche Bekanntmachung Nr.1241 vom 15 .Februar 2018), wird wie folgt geändert:**

§ 5 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

- „(4) Der Sozialbeitrag wird ab dem Wintersemester 2018/2019 auf 216,12 Euro festgesetzt.  
Der Sozialbeitrag ist für die folgenden Zwecke bestimmt:
1. 196,62 Euro für das Semesterticket
  2. 17 Euro für die Studierendenschaft
  3. 1,50 Euro für die Nutzung des Fahrradverleihsystems der nextbike GmbH
  4. 1 Euro für die Nutzung des Schauspielhauses Bochum“

Die Änderung der Beitragsordnung bedarf zu ihrem Inkrafttreten der Genehmigung durch das Rektorat der Ruhr-Universität Bochum.

Sie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Ruhr-Universität in Kraft.

Die Sozialbeitragsordnung wird unter Berücksichtigung der Änderungen neu bekanntgemacht.

Ausgefertigt aufgrund der Genehmigung durch das Rektorat vom xx.xx.xx  
Bochum, den xx.xx.xxxx

Lukas (ReWi, AStA-Financer) erklärt, dass der AStA Beitrag um 2,40€ gesenkt werden soll. Somit werde man 19,50€ als AStA Beitrag nehmen.

Er berichtet wer vom Haushaltsausschuss da war und erklärt, dass dieser ein Votum verabschiedet habe und er dies in der Sozialbeitragsordnung umgesetzt habe.

Felix (RCDS) vertritt Matthias (RCDS) ab 20:06 Uhr.

**Es kommt zur Abstimmung.**

**Der Änderungswunsch wird bei einer Enthaltung einmütig angenommen.**

## TOP9 Dritte Lesung der Sozialbeitragsordnung

### **Dreiunddreißigste Änderung der Sozialbeitragsordnung der Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum vom 28.06.2018**

**Die Sozialbeitragsordnung für die Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum vom 23.November 2011 (Amtliche Bekanntmachung Nr. 905 vom 10. Januar 2012), zuletzt geändert durch die Änderungsordnung vom 11. Januar 2018 (Amtliche Bekanntmachung Nr.1241 vom 15 .Februar 2018), wird wie folgt geändert:**

1. § 5 Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:  
*„(4) Der Sozialbeitrag wird ab dem Wintersemester 2018/2019 auf 216,12 Euro festgesetzt. Der Sozialbeitrag ist für die folgenden Zwecke bestimmt:*
  - 1. 196,62 Euro für das Semesterticket*
  - 2. 17 Euro für die Studierendenschaft*
  - 3. 1,50 Euro für die Nutzung des Fahrradverleihsystems der nextbike GmbH*
  - 4. 1 Euro für die Nutzung des Schauspielhauses Bochum“*
2. Die Änderung der Beitragsordnung bedarf zu ihrem Inkrafttreten der Genehmigung durch das Rektorat der Ruhr-Universität Bochum.
3. Sie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Ruhr-Universität in Kraft.
4. Die Sozialbeitragsordnung wird unter Berücksichtigung der Änderungen neu bekanntgemacht.
5. Ausgefertigt aufgrund der Genehmigung durch das Rektorat vom xx.xx.xx
6. Bochum, den xx.xx.xxxx

**Die Änderung der dreiunddreißigsten Sozialbeitragsordnung wird bei einer Enthaltung einmütig angenommen.**

## **TOP10 Druckerei**

Lukas (ReWi, AStA-Financer) stellt die Anträge vor. Otten+Freckmann, Green it- das Systemhaus und Büro Fritz.

Er erklärt, dass der aktuelle Vertrag bzgl. der Drucker ungünstig sei und man nun einen neuen Vertrag aufsetzen möchte. Auch plädiert er für den O+F Vertrag.

Lennart (GRAS) fragt wie viele Geräte genommen werden würden.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) beantwortet die Frage, dass es vier Stück seien, die der AStA beabsichtige, da mehr in die Räumlichkeiten nicht passen würden.

Es soll über den O+F Vertrag abgestimmt werden.

Bei 10 Enthaltungen, 17 Jastimmen wird der Antrag angenommen.

Es gibt formelle Gegenrede, da gesagt wird, dass Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) nicht zählen könne.

**Es wird erneut über den Antrag abgestimmt.**

**10 Enthaltungen, 19 Jastimmen. Der Vertrag O+F ist somit angenommen.**



## TOP11 Wahl-O-Mat

Der Antragstext von Artur (Juso-HSG, AStA) und Peter (Juso-HSG) sieht wie folgt aus:  
Das StuPa möge beschließen:

„Die Entwicklung des Wahl-O-Maten „StuPa Check“ für die Studierendenparlamentwahl 2018 soll durch eine offene Runde begleitet werden. Diese tagt öffentlich und Einladungen dazu werden mit einer Frist von zwei Wochen an die Studierendenschaft verschickt. Am Ende wird das Ergebnis dem StuPa zur Abstimmung vorgelegt.“

Die Antragsbegründung:

Warum sollten wir einen RUB-Wahl-O-Mat einführen?

Weniger als jeder zehnte Studierende hat bei der letzten Studierendenparlamentwahl das Recht auf demokratische Mitbestimmung nicht genutzt. Dies hat erhebliche Auswirkung auf die Legitimation dieses Gremiums. Wieso ist das so? Vielen Studierenden ist die Existenz oder die Bedeutung dieses Gremiums nicht bewusst. Für viele Studierende ist es eine große Herausforderung (und damit eine Hürde) unter zehn Listen diejenige zu finden, die ihre Interessen am besten vertritt. Dieser Herausforderung stellen sich allerdings nur Wenige.

Die Gründe hierfür sind zahlreich und entziehen sich unserem Einfluss. Um also die Wahlbeteiligung zu erhöhen, müssen wir die Hürden bei der Wahlentscheidung senken. Durch die Einführung eines Wahl-O-Maten würde sich die Popularität der Wahl erhöhen und die Informationslage verbessert werden. Der Wahl-O-Mat ist ein sehr erfolgreiches Tool der politischen Bildung. So sind die Nutzerzahlen seit seiner Einführung im Jahre 2002 kontinuierlich und sie erreichten im Zuge der Bundestagswahl 2017 mit rund 15.7 Millionen Nutzungen ihren vorläufigen Höhepunkt.

Verschiedenen Studien konnten dabei zeigen, dass sich die Nutzung von sogenannten Voting Advice Applications (VAA) positiv auf die Wahlbeteiligung der Nutzer auswirkt (Dinas, Trechsel, & Vassil, 2014; Fivaz & Nadig, 2010; Gemenis & Rosema, 2014). Auch für den Wahl-O-Mat wurde bereits ein förderlicher Effekt auf die Wahlbeteiligung nachgewiesen: Die Chance, zur Wahl zu gehen, war bei Nutzer\*innen 1.8 mal höher als bei Nichtnutzer\*innen (Marschall & Schultze, 2012). Des Weiteren konnte durch eine experimentelle Studie von Garzia et al. (2017), die in Italien durchgeführt wurde, belegt werden, dass es sich bei dem Zusammenhang zwischen VAA-Nutzung und höherer Wahlbeteiligung tatsächlich um einen kausalen Effekt handelt. Bei der StuPa-Wahl ist die Wahlbeteiligung tendenziell sehr gering und dies schwächt unsere Legitimation als Abgeordnete. Durch die Einführung eines RUBWahl- O-Mats könnten sich hier positive Impulse ergeben.

Darüber hinaus scheint die VAA-Nutzung sich positiv auf das politische Wissen auszuwirken, so zeigte sich einerseits, dass die Nutzer\*innen von einem subjektiven Wissenszuwachs sowie einer gesteigerten Motivation zur politischen Informationsbeschaffung berichteten (Kamoen, Holleman, Krouwel, van de Pol, & Vreese, 2015; Ladner & Pianzola 2010; Marschall, 2005).

Andererseits konnte am Beispiel des Wahl-O-Mats auch ein tatsächlicher Anstieg des politischen Faktenwissens bei den Nutzer\*innen belegt werden (Schultze, 2012).

Vielleicht könnten wir also so den ein oder anderen Studierende für die Hochschulpolitik begeistern oder zumindest das Bewusstsein für die Arbeit des StuPas schärfen.

Warum sollte die Entwicklung des RUB-Wahl-O-Maten durch eine „offene Runde“ begleitet werden?

Der RUB-Wahl-O-Mat „StuPa Check“ soll nicht das Projekt einer Liste sein, sondern möglichst alle Listen und Interessierte einbinden. Durch eine solche offene Runde haben alle in gleicherweise die Möglichkeit sich an der Entwicklung des Wahl-O-Maten zu beteiligen.

Hier kann in kleiner Runde konstruktiv über die Inhalte beraten werden und gemeinsam ein Tool entwickelt werden, das den methodischen Ansprüchen einer Voting Advice Application genügt. So wird die Diskussion und Entwicklung der Thesen für alle interessierten Personen zugänglich, wobei die letztliche Entscheidungskompetenz beim StuPa bleibt.

#### Quellen:

- Dinas, E., Trechsel, A. H., & Vassil, K. (2014). A look into the mirror: Preferences, representation and electoral participation. *Electoral Studies*, 36, 290–297.  
• <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2014.04.011>
- Fivaz, J., & Nadig, G. (2010). Impact of Voting Advice Applications (VAAs) on Voter Turnout and Their Potential Use for Civic Education. *Policy & Internet*, 2(4), 162–195. <https://doi.org/10.2202/1944-2866.1025>
- Garzia, D., Trechsel, A. H., & Angelis, A. de. (2017). Voting Advice Applications and Electoral Participation: A Multi-Method Study. *Political Communication*, 34(3), 424–443. <https://doi.org/10.1080/10584609.2016.1267053>
- Gemenis, K., & Rosema, M. (2014). Voting Advice Applications and electoral turnout. *Electoral Studies*, 36, 281–289.  
• <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2014.06.010>
- Kamoen, N., Holleman, B., Krouwel, A., van de Pol, J., & Vreese, C. de. (2015). The Effect of Voting Advice Applications on Political Knowledge and Vote Choice. *Irish Political Studies*, 30(4), 595–618. <https://doi.org/10.1080/07907184.2015.1099096>
- Ladner, A., & Pianzola, J. (2010). Do Voting Advice Applications Have an Effect on Electoral Participation and Voter Turnout? Evidence from the 2007 Swiss Federal Elections. In E. Tambouris, A. Macintosh, & O. Glassey (Eds.), *Electronic Participation* (Vol. 6229, pp. 211–224). Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.
- Marschall, S. (2005). Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51, 41–46.
- Marschall, S., & Schultze, M. (2012). Voting Advice Applications and their effect on voter turnout: The case of the German Wahl-O-Mat. *International Journal of Electronic Governance*, 5(3), 349. <https://doi.org/10.1504/IJEG.2012.051314>
- Schultze, M. (2012). Effekte des Wahl-O-Mat auf politisches Wissen über Parteipositionen. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22(3), 367–391.  
• <https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-367>

Charline (JuLis) bittet um ein Stimmungsbild.

Matthias (RCDS): sagt, dass der RCDS dieses begrüßt. Er stehe dem positiv gegenüber.

Felix (RCDS) findet es schön, dass man den RCDS Vorschlag der KOA-Verhandlungen nun endlich angenommen habe.

Lennart (GRAS) findet es gut, bittet um unabhängige, transparente Personen, die den Wahl-O-Maten gestalten sollen.

Leon (GRAS) erklärt, dass in der Begründung ein Fehler sei, denn nur jede\*r zehnte Studi habe ihr\*sein Wahlrecht genutzt.

Peter (Juso-HSG): Änderungsantrag:

Unabhängige Kommission, von jeder HSG mit zwei Personen (paritätisch besetzt).

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) sagt, dass es ein Projekt eines AStA Referenten sei und der Referent somit hinfällig wäre, bzw. sein Projekt innerhalb des AStAs.

Matthias (RCDS) fragt, ob sich jede\*r beteiligen dürfe.

Lennart (GRAS) bejaht dies.

Charline (JuLis) fragt, ob alle Initiative daran teilnehmen dürfen. Sie fragt, ob man als Mitglied einer Initiative, die aber auch im AStA ist, auch teilnehmen könne, da man dann nicht als AStA hingehen würde.

Emre (Juso-HSG): sieht das mit den HSGen in der Umsetzung kompliziert. Es können sich dann spontan Initiativen bilden, die dann x-beliebig Gruppen zusammenstellen könnten. Er fragt, ob man die Fachschaften hinzuziehen könne.

Beatrice (Juso-HSG) sagt, dass aus diesem Grund der Änderungsantrag gestellt wurde, damit dies eben nicht passiere. Sie finde die Idee mit den Fachschaften gut. Sie sagt, dass man im Konsens entscheiden würde. Im zweiten Teil: „Die Mitarbeit von weiteren Studierenden ist ausdrücklich erwünscht.“

Lukas (ReWi, AStA-Financer) findet schön, dass es Anklang findet. Hinterfragt, wie das mit der Mitgliedschaft gemeint sei. Solle es nach den Wahllisten gehen, weil sonst könne jede Liste jede\*n hinschicken.

Lennart (GRAS) sagt, dass es sich nicht auf die Mitgliedschaft der Listen beziehe.

Peter (Juso-HSG) sagt, dass er ein Kriterienkatalog entwickelt habe. Würde eine Liste mitbringen, die aufzeigt, welche Kennwerte man entwickelt habe.

Franziska (GRAS) sagt, dass die Mitarbeit von Studierenden erwünscht sei.

Matthias (GEWI) Beim Konsens sollte man niemanden ausschließen, deshalb sollte niemand ausgeschlossen werden.

Charline (JuLis) hat zwei Rückfragen: 1. Wie will man alle Initiativen kontaktieren? 2. Wollt ihr Artur den „Job“ nehmen oder zusehen wie ein Referent mit AE zu entschädigen, der dann kaum etwas macht, außer administrative Aufgabe machen soll?

Lennart (GRAS) sagt, dass nicht jede HSG mitmachen müsse.

Bea (Juso-HSG) sagt, unabhängig von den Thesen sei die Aufgabe sehr schwierig und die Aufgabe das zu erstellen sei schwer.

Eren (Juso-HSG): 1. Was versteht ihr unter Konsens? 2. kann auch eine Person männlich sein?

Franziska (GRAS) sagt, dass Konsens gleich Einstimmigkeit heiße.

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende): Merkt Z. 20 an und bittet um Änderung.

Muhammed (NAWI) fragt, warum die Angehörigen des AStAs nicht mitmachen sollten.

Lennart (GRAS): Studierende sollen Thesen geben, damit man aus dem HoPo-Bubble rauskomme.

Franziska (GRAS) sagt, dass die BPB einen Wahl-O-Mat habe und dieser von der Regierung finanziert werde, aber dort komplett andere Personen drinsitzen würden. Sie sagt, dass da keine Politiker drinsäßen.

Matthias (RCDS) rügt die Ausdrucksweise und korrigiert mit das Wort Politiker\*innen.

Muhammed (NAWI) sagt, dass die Personen das intern besprechen können und dann dennoch mitwirken können.

Lennart (GRAS) schlägt vor, zufällig über den Campus zu gehen und 20 Personen zu befragen, und dann diese Thesennehmbar wären.

Beatrice (Juso-HSG) sagt, dass man interessierte Wähler nehmen könne.

Matthias (RCDS) rügt erneut und korrigiert „Wähler\*innen“.

Muhammed (NAWI) fragt, was wäre wenn 100 Studierende anwesend wären, aber nur 3 Gruppen vertreten werden (Z. 23 ff.).

Sven (GEWI) stehe dem Wahl-O-Maten kritisch gegenüber. An dem Änderungsantrag habe er an zwei Punkten Bauchschmerzen. 1. Dass man zwei Personen aus jeder Liste schicken solle, die nicht im AStA seien. Er erklärt, dass sie als kleine Liste Probleme hätten. 2. Problem: wenn man die Leute von der Wahl ausschließt, werden die Leute, die sich HoPo engagieren, nicht hingehen.

Lennart (GRAS) erklärt, dass im Ursprungsantrag dies viel stärker der Fall sei.

Charline (JuLis) findet es uncool, dass man für die Anträge zwei mal jeweils Papier verwendet habe. Bittet darum, dass man ökologischer werden möge.

Matthias (RCDS) fragt, ob 1. alle aktiven HSG nicht nur politische HSG gemeint seien und 2. die KHG oder Studiverbindungen Personen entsenden können und 3. was mit mind. 1 Frau besetzt gemeint sei. Er fragt, was dann das ASR (Autonomes Schwulenreferat) machen solle.

Florian (JuLis) fragt, was passieren würde, wenn man nur eine Person schicken könne und diese eben nicht weiblich sei.

Beatrice (Juso-HSG) sagt, dass die Opposition Kritik an dem Antrag ausübe und man deshalb diesen Antrag gestellt habe.

Franziska (GRAS) erklärt, dass generell Studiverbindungen und Burschis mitmachen können. Sie zieht den Vergleich mit Kommissionen, die ebenfalls diese Regelung (mind. mit einer Frau besetzt zu sein) haben. Hierbei sagt sie, dass wenn die nur eine männliche hinschicken, dies dann so gehandhabt werde. Dies sei kein Problem.

Cristian (LiLi) fragt, was mit der EHG sei. Warum Matthias (RCDS) diese nicht erwähnt habe.

Matthias (RCDS) erklärt scherzhaft „Das interessiert mich nicht!“

Leon (GRAS) erklärt, dass die BPB eine Institution für den Wahl-O-Maten habe, die ein Tool, das das Wahlverhalten der Menschen analysiere und dies das Wahlverhalten beeinflusse. Aus diesem Grund wolle man es unabhängig machen, damit der AStA nicht der Machthabende sei.

Peter (Juso-HSG) erklärt, dass ein Wahl-O-Mat keine Beeinflussung auf das Wahlverhalten ausübe. Langfristig würde dies nicht so sein.

Justin (GRAS) sagt: „Männliche Personen brauchen nicht gefördert werden.“ Möchte anmerken, dass man sich bitte nicht über geschlechtergerechte Sprache lustig machen solle.

Emre (Juso-HSG) erklärt, dass man beim Konsens einzelnen Personen „Macht“ gebe und fragt, ob dies den Änderungsantragsteller\*innen bewusst sei.

Zeynep (iL, AStA-Vorsitzende) sagt, dass geschlechtergerechte Sprache wichtig sei und man diese bitte einhalten möge, wenn man selbst ständig kritisieren, dass andere nicht geschlechtergerecht sprechen. Sie sagt, dass man sich nicht drüber lustig mache, sondern mit der Rüge darauf aufmerksam gemacht habe, dass auch die Sprechenden darauf achten sollten.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) sieht das Problem mit dem Ausschluss. Er erklärt, dass man im SP keine Kapazitäten, wie im Bund habe. Sonst hätte man keine Wahlbeteiligung von ca. 8% an der RUB. Auch sagt er, dass der Vorschlag unangenehm für kleine Listen sei.

Lennart (GRAS) sagt, dass die letzte Entscheidung nicht von aktiven Mitgliedern des Parlaments oder AStAs getroffen werden sollten.

Felix (RCDS) fragt, wen man für die Kommission aussuchen werde. Der RCDS sehe das Kandidierverbot für zu selektiv.

Lennart (GRAS) sagt, dass „sollen“ keine Pflicht sei. Distanz soll aber da sein, z.B. Listenplatz 80/90.

Eren (Juso-HSG) fragt, ob er dann als Listenplatz also mitmachen dürfe.

Lennart (GRAS) verneint.

Eren (Juso-HSG) fragt, ob man den Satz nicht streichen könne.

Lennart (GRAS) und Beatrice (Juso-HSG) verneinen im Chor.

Felix (NAWI) fragt, ob dies schriftlich festgehalten werden soll.

Lennart (GRAS) verneint.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) erklärt wie es juristisch aussieht. Das Soll und kann habe Vorschriften. Beim Soll könne man sich ohne Begründung distanzieren. Judikative/Exekutive. Fragt, ob eine Liste erstellt werden soll, wer kandidiert?

Beatrice (Juso-HSG) wiederholt ihren Wortbeitrag.

Felix (NAWI) fragt nach dem Grund.

Lennart(GRAS) dass muss/wenn/kann.

Eren (Juso-HSG) fragt sarkastisch was wäre, wenn sie den dritten „Yavuz-Bruder“ dahin schicken würden, der dann dennoch nur deren Meinung vertrete?

Franziska (GRAS) stimmt Eren zu. Sie sagt, dass es eine soll Regelung und keine kann Regelung sei. Sie sagt, dass man zu allen Punkten eine Begründung geliefert habe und bittet um Abstimmung oder Vertagung des Antrags.

Artur (Juso-HSG, AStA Referent) äußert, dass sehr viel Kritik zum Antrag gebracht wurde und fragt, was denn das Problem am ursprünglichen Antrag gewesen sei. Er plädiert für eine Mittellösung.

Lennart (GRAS) stellt einen GO Antrag zum Vertagen des Antrags, da es zu kurzfristig reingekommen sei.

Matthias (GEWI) sagt, es sehe keinen Grund den Antrag zu vertagen.

**Es kommt zu einer Abstimmung über den GO Antrag.**

**Bei 13 Jastimmen, 2 Enthaltungen und 16 Neinstimmen wird der GO Antrag abgelehnt.**

Lionel (NAWI) stellt den GO Antrag über eine eine sofortige Abstimmung über den geänderten Antrag.

Lennart (GRAS) bittet um Überprüfung der Beschlussfähigkeit.

Max (NAWI, stellv. StuPa-Sprecher) stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 30 Parlamentarier\*innen anwesend.

Lennart (GRAS) stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Es erfolgt eine namentliche Abstimmung, ob der GO Antrag über sofortige Abstimmung erfolgen soll.

Juso-HSG

Susanne Nein

Emre Ja

Eren Ja

Lena Nein

Peter Nein

GRAS

Franziska Nein

Lennart Nein

Nina Nein  
Justin Nein  
Jennifer Nein  
Peter Nein

GEWI  
Sven Ja  
Matthias Ja

IL  
Ramazan Ja  
Zeynep Ja

LiLi  
Hevidar Nein  
Cristian Nein  
Marcus Nein

NAWI  
Lionel Ja  
Max Ja  
Muhammed ja  
Ksenia Ja  
Feix Ja  
Fabian Ja

JuLis  
Charline Ja  
Flo Ja

Die Liste  
Katrin Nein

ReWi  
Chrissi Ja  
Lukas Ja

RCDS  
Matthias Nein.

**Bei 14 Neinstimmen und 16 Jastimmen wird es eine sofortige Abstimmung über den Änderungsantrag geben.**

Es folgt die sofortige Abstimmung über den Änderungsantrag.  
Lennart (GRAS) beantragt eine namentliche Abstimmung.

Juso-HSG  
Susanne Ja  
Emre Nein  
Eren Nein  
Lena Enthaltungen

Peter Ja

GRAS

Ska Ja

Lennart Ja

Nina Ja

Justin Ja

Jennifer Ja

Peter Ja

GEWI

Sven Nein

Matthias Nein (mit schriftlicher Begründung)

IL

Ramazan Nein

Zeynep nein (mit schriftlicher Begründung)

LiLi

Hevidar Ja

Cristian Ja

Marcus Ja

NAWI

Lio Nein

Max Nein

Muhammed Nein

Ksenia Nein

Felix Nein

Fabian Nein

JuLis

Charline Nein

Flo Nein

Die Liste

Katrin (vielleicht= ungültig)

ReWi

Chrissi Nein

Lukas Nein

RCDS

Matthias Ja

**Bei 12 Jastimmen, 16 Neinstimmen, einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme wird der Änderungsantrag abgelehnt.**

Nun wird über den ursprünglichen Antrag gesprochen.



Lukas (ReWi, AStA-Financer) fragt, ob man sich mit ASten in Kontakt gesetzt habe, die einen Wahl-O-Maten haben. Beispielsweise in Düsseldorf, Münster oder Paderborn.

Peter (Juso-HSG) sagt, dass dies nicht geschehen sei, aber in Karlsruhe jede Liste Vorschläge gemacht habe und man diese Thesen sodann genommen habe.

Lennart (GRAS) sagt, dass es nicht klar sei, wer den Wahl-O-Maten erstellen solle.

Artur (Juso-HSG, AStA) sagt, dass Informationen aus den gesammelten Thesen gefiltert werden sollen. Er sagt, dass er dies mit Unterstützung von Peter machen werde, der seine BA-Arbeit darüber geschrieben habe und man somit wissenschaftliches Wissen hinzuziehen werde. Er sagt, dass sich alle Teilnehmer\*innen die Thesen anschauen und welche einbringen können. Weiterhin erklärt er, dass auf einem Plenum diskutiert werden soll und aus dieser Diskussion sollen Vorschläge für das SP gesammelt werden, welche dann im SP abgestimmt werden sollen.

Lennart (GRAS) habe erhebliche rechtliche Bedenken. Glaubt nicht, dass der AStA die Wahlempfehlungen machen dürfe. Unterstreicht noch einmal, dass Thesen unabhängig gemacht werden sollten.

Justin (GRAS) fragt, ob man eine Kontrollinstanz haben werde, welche die Arbeit von Artur kontrollieren werde.

Artur (AStA) sagt, dass wenn die Wahlempfehlung problematisch sei, dass man die Thesen thematisch sortieren könne. Ohne vorherige Auswahl der Thesen. Dies könne man ändern.

Katrin (die Liste) erklärt wie es an den anderen Unis sei:

- in Aachen: mit allen Listen
- Düsseldorf: vom offiziellen Wahl-O-Mat Team mit Hochschulradio und Listen Fragen.
- Paderborn: Listen haben Fragen erstellt und 20 davon wurden gefiltert und SP hat abgestimmt.
- Münster: Listen haben Fragen gestellt.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) stellt einen GO Antrag für eine kurze Pause.

Es folgt eine Pause.

Lennart (GRAS) Bitte um Vertagung des Antrags.

**Es kommt zur Abstimmung.**

**Bei 12 Jastimmen, 3 Enthaltungen und 15 Neinstimmen wird der Antrag nicht vertagt.**

Lennart (GRAS) stellt einen Änderungsantrag:

Die Entwicklung des Wahl-O-Mat soll unabhängig vom AStA oder SP sein. Dieser soll im Konsens von allen Beteiligten eines Gremium entschieden werden.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) schlägt vor, dass man sich Leute aus dem großen Wahl-O-Mat hinzuziehen könne.

Lennart (GRAS) nimmt den Vorschlag mit auf. „Externe Expertise, die von der BPB eingebracht werden soll.“

Peter (Juso-HSG) Prof. Dr. Marshall von der HHU habe an dem Wahl-O-Maten an der HHU mitgewirkt. Ihn könne man anfragen.

Emre (Juso-HSG) fragt, ob Artur, Peter den Wahl-O-Maten betreuen sollen, hierbei der AStA und das SP nicht mitwirken sollen.

Lennart (GRAS) sagt, dass das Gesamtkonstrukt im SP abgestimmt werden soll.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) sieht es problematisch, da man eine AStA Mehrheit im SP habe und dies dann nicht unabhängig wäre.

Matthias (GEWI) fragt, wie es vonstatten gehen solle dies völlig unabhängig vom AStA oder StuPa zu gestalten.

Lennart (GRAS) erklärt, dass man den Wahlausschuss nehmen könne.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) sagt, dass dies dann wieder Mehrheitsentscheidung sei und dann ebenfalls nicht unabhängig wäre.

Lennart (GRAS) sagt, dass der Wahlausschuss es kontrollieren könne und dabei unabhängig entscheiden solle.

Susanne (Juso-HSG) findet den Änderungsantrag gut und sagt, dass Artur entscheiden solle wie es sich mit der unabhängigen Kommission bilde.

Peter (Juso-HSG) fragt ab wann es als unabhängig genug zähle.

Lennart (GRAS) sagt, dass der AStA als Konzeptersteller ein Konzept erstellen solle.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) sagt, dass dies unabhängig vom AStA gemacht werden soll, aber Artur dennoch da mitwirken solle. Er schlägt vor, dass inhaltliche Entscheidungen nicht vom AStA oder StuPa gefällt werden sollten.

Der Änderungsantrag lautet somit wie folgt:

Die inhaltliche Entwicklung soll unabhängig vom AStA oder StuPa sein. Im Konsens von allen Beteiligten eines Gremiums sollen über die Thesen entschieden werden. Zudem soll es eine Expertise von unabhängigen und externen Personen geben.

Lennart (GRAS) bittet um namentliche Abstimmung.

Juso-HSG

Susanne Ja

Emre Enthaltung

Eren Enthaltung

Lena Ja

Peter Ja

GRAS

Franziska Ja

Lennart Ja

Nina Ja

Justin Ja

Jennifer Ja

Peter Ja

GEWI

Sven Nein

Matthias Nein

IL

Ramazan Nein

Zeynep Nein

LiLi

Hevidar Ja

Cristian Ja

Marcus Ja

NAWI

Lionel Nein

Max Nein

Mo Nein

Ksenia Nein

Felix Nein

Fabian Nein

JuLis

Charline Nein

Flo Nein

Die Liste

Katrin Enthaltung

ReWi

Chrissi Nein

Lukas Nein

RCDS

Matthias Enthaltung

**Bei 12 Jastimmen, 4 Enthaltungen und 14 Neinstimmen wird der Änderungsantrag abgelehnt.**

Emre (Juso-HSG) stellt einen weiteren Änderungsantrag, der wie folgt lautet:

Entwicklung des Wahl-O-Maten (SP-Check) von Seiten Artur Kunz (AStA) und Peter Hähner (Juso-HSG) soll von einer offenen Runde begleitet werden. Diese (offene Runde) tagt öffentlich und Einladungen dazu werden mit einer Frist von 2 Wochen hochschulöffentlich bekannt gemacht. Diese offene Runde soll sich insbesondere damit befassen, wie die weitere Entwicklung des Wahl-O-Maten erfolgen und zukünftige offene Runden aufgestellt werden sollen.

Am Ende wird das Ergebnis dem SP zur Abstimmung vorgelegt.

Die heutige Entscheidung und das Projekt sind auf 1 Jahr ab dem heutigen Beschluss gültig und bedürfen dann einer Verlängerung seitens des SPs.

Jennifer (GRAS) fragt, ob das SP über die gesamte Thesen oder im einzelnen Thesen abstimmen soll.

Emre (Juso-HSG) sagt, dass das SP über die einzeln Thesen abstimmen sollte.

Lukas (ReWi, AStA-Finanzler) macht darauf aufmerksam, dass man den Raum nur noch für eine Stunde zur Verfügung habe.

Matthias (RCDS) findet es skeptisch, es in die Hände in zwei Personen geben werden solle. Es soll nicht suggerieren, dass man den beiden Personen nicht vertraue. Auch das SP soll die Thesen des Wahl-O-Maten nicht kontrollieren. Änderungswunsch: „Das SP soll die Thesen einstimmig annehmen.“

Katrin (die Liste) weiß nicht, ob es rechtlich gehe. Schlägt vor, dass das SP im Konsens entscheiden solle.

Lennart (GRAS) sagt, dass man den Beschluss dass man es im Konsens beschließt, aufheben könne. Er fragt nach der offenen Runde.

Beatrice (Juso-HSG) erklärt, dass sie es blöd finde, dass zwei Mitglieder der Juso HSG den Wahl-O-Maten gestalten.

Matthias (RCDS) macht sich über Sozialdemokrat\*innen lustig und sagt, dass sie eh mit verschiedenen Parteien koalieren würden. „Sozialdemokraten hätten keine politische Meinung.“

Emre (Juso-HSG) offene Runde könne dies entscheiden. So habe er das auch gesagt.

Artur (Juso-HSG, AStA) findet Emres Änderungsantrag gut. Würde aber eine 2/3 Mehrheit bei der Endabstimmung gutheißen.

Matthias (RCDS) halt daran fest, dass die Thesen einstimmig im SP beschlossen werden sollten, da Gruppen benachteiligt werden könnten. Er stellt den Antrag, dass Lea (RCDS) in der Kommission mitwirken solle.

Artur (Juso-HSG, AStA) fragt, ob dies mit ihr besprochen wurde.

Matthias (RDCS) bejaht.

Lennart (GRAS) stellt einen GO Antrag auf 15 Minuten Pause.

Dem wird stattgegeben.

Hevidar meldet sich um 23:02 Uhr ab.

Matthias (RCDS) stellt den Änderungsantrag, dass 1. Lea (RCDS) in die Kommissionsarbeit mit eingeschlossen werden solle und 2. im SP einstimmig über die Thesen abgestimmt werden solle.

Franziska (GRAS) fragt, ob man diese en Bloc oder einzeln abstimmen möchte.

Matthias (RCDS) sagt, en Bloc.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) verweist darauf, dass man dies ändern könne, da es rechtlich nichts Wert sei.

Emre (Juso-HSG) Änderungsantrag von mir übernommen und Kommissionsmitglied wurde vom Antragsteller übernommen. Plädiert dafür, dass man dann über das einstimmige Verfahren abstimmen solle.

Artur (Juso-HSG, AStA) bittet darum, dass man zur Abstimmung kommen möge.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) sagt, dass man keinen Beschluss gegen die Satzung machen könne. In Deutschland gäbe es das Prinzip, dass man dies nicht aufheben könne.

Emre (Juso-HSG) bittet darum, dass man über die Änderung einzeln abstimmt.

Matthias (RCDS) möchte dies nicht annehmen.

Lennart (GRAS) scherzt, dass man dann die Satzung ändern könne.

Matthias (RCDS) möchte seinen Antrag modifizieren. „ Es soll drei Personen geben, die den Wahl-O-Mat erstellen. Diese sollen einstimmig entscheiden, welche Thesen genutzt werden und im SP vorgestellt werden sollen.“

Lennart (GRAS) fragt, ob man 5 Minuten Pause machen könne.

Beatrice (Juso-HSG) fragt, ob es zählt, wenn die Person nicht da ist, ob es dann einstimmig ist.

Matthias (RCDS) bejaht. Er erklärt, dass wenn man bei einzelnen Sitzungen nicht anwesend sein kann, dann Pech habe.

Eren (Juso-HSG) stellt den Antrag auf sofortige Abstimmung über den Änderungsantrag.

Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

Die Entwicklung des Wahl-O-Maten (StuPa-Check) , der von Seiten Artur Kunz (AStA) und Peter Hähner (Juso-HSG) betreut wird, soll von einer offenen Runde begleitet werden. Diese tagt öffentlich und Einladungen dazu werden mit einer Frist von 2 Wochen hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Diese offene Runde soll sich insbesondere damit befassen, wie die weitere Entwicklung des Wahl-O-Maten erfolgen und zukünftige offene Runden aufgestellt werden sollen.

Am Ende wird das Ergebnis dem SP zur Abstimmung vorgelegt.

Die heutige Entscheidung und das Projekt sind auf 1 Jahr ab dem heutigen Beschluss gültig und bedürfen dann einer Verlängerung seitens des SPs.

Thesen sollten en Bloc (thematisch) abgestimmt werden.

Matthias (RCDS) stellt den Änderungsantrag, dass Peter (GRAS), Lea (RCDS), Peter (Juso-HSG), Artur (AStA) im Konsens entscheiden sollen. SP stimmt en Bloc mit einfacher Mehrheit ab.

**Es wird über den Änderungsantrag von Matthias (RCDS) abgestimmt.**

**Bei 11 Jastimmen und 15 Neinstimmen wird der Änderungsantrag abgelehnt.**

Matthias (RCDS) und Susanne (Juso-HSG) stellen einen Änderungsantrag:

Eine Kommission soll gebildet werden, mit jeweils einer\*m Vertreter\*in aus jeder Liste, das StuPa stimmt en Bloc mit einfacher Mehrheit über die Thesen ab.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) findet diesen Vorschlag sinnvoll.

Artur (Juso-HSG, AStA) sagt, dass auch die „Fraktionslosen“ Personen entsenden können.

Leon (GRAS) erklärt, dass es im StuPa keine Definitionen von Fraktionen gebe. Listen sollen teilnehmen können.

Charline (JuLis) fragt, ob man versucht denselben Antrag in diesem durchzubekommen.

Matthias (RCDS) sagt, dass man Listen, aber keine Fraktionen habe. Aber es könne Personen geben, die da mitwirken können. Auch die sollten eine Person entsenden können. Es wäre eine Diskriminierung dieser Personen.

Susanne (Juso-HSG) sagt, dass es die Einstimmigkeit im SP wichtig sei und man deshalb von allen Listen jeweils eine Person entsenden solle, die dann mitwirken könne.

Matthias (RCDS) Jede Liste darf eine\*n Vertreter\*in in ein Gremium entsenden, der einstimmig im SP en Bloc abgestimmt werden soll). Die Frage ist, ob der AStA eine zusätzliche Stelle bekommen sollte, da Peter und Artur der Juso-HSG zugehörig seien.

Frage, ob der AStA dann Stellen für die Personen schaffen kann, dass diese entlohnt werden.

Justin (GRAS) stellt die Frage an Matthias (RCDS) und Artur (Juso-HSG, AStA), ob Artur dann bei der Konsensfindung keine Stimme habe und fragt, ob die Kommission es schaffen würde, die Thesen unabhängig zu bestimmen.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) sagt, dass es den Konsens und keine Mehrheitsabstimmung gebe.

Peter (Juso-HSG) sagt, dass sie es schaffen die Thesen unabhängig zu gestalten.

Charline (JuLis) fragt, ob die Personen, die sich keiner Liste zugehörig fühlen sich auf eine Person einigen könnten. Haben die Personen das Gefühl, dass sie sich auf eine Person einigen können.

Matthias (RCDS) diejenigen, die sich keiner Liste zugehörig fühlen, können dies dann verschieben. Jede Liste hat das Recht eine Person zu entsenden.

Jennifer (GRAS) fragt, was mit der interessierten Öffentlichkeit gemeint sei und fragt, ob diese ebenfalls mit abstimmen können.

Matthias (RCDS) verneint.

Lukas (ReWi, AStA-Financer) erklärt noch einmal, dass es keine Fraktionen im StuPa gebe.

Der Änderungsantrag sieht wie folgt aus:

Es soll eine Kommission geben. In diese Kommission darf jede Liste, die im SP ist, eine\*n Vertreter\*in und eine\*n Stellvertreter\*in entsenden. Diese Kommission legt am Ende einstimmig einen Vorschlag für den Wahl-O-Maten vor. Wie der Wahl-O-Mat erarbeitet wird, obliegt der Kommission. Das SP stimmt darüber mit einfacher Mehrheit ab.

Artur (Juso-HSG, AStA) nimmt den Wunsch des Änderungsantrags an.

**Der Änderungsantrag lautet wie folgt:**

Die Entwicklung des Wahl-O-Maten (SP-Check) von Seiten Artur Kunz (AStA) und Peter Hähler (Juso-HSG) soll von einer offenen Runde begleitet werden. Diese tagt öffentlich und Einladungen dazu werden mit einer Frist von 2 Wochen hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Diese offene Runde soll sich insbesondere damit befassen, wie die weitere Entwicklung des Wahl-O-Maten erfolgen und zukünftige offene Runden aufgestellt werden sollen.

Am Ende wird das Ergebnis dem SP zur Abstimmung vorgelegt.

Die heutige Entscheidung und das Projekt sind auf 1 Jahr ab dem heutigen Beschluss gültig und bedürfen dann einer Verlängerung seitens des SPs.

Thesen sollten en Bloc (thematisch) abgestimmt werden.

Es soll eine Kommission geben. In diese Kommission darf jede Liste, die im SP ist, eine\*n Vertreter\*in und eine\*n Stellvertreter\*in entsenden. Diese Kommission legt am Ende einstimmig einen Vorschlag für den Wahl-O-Maten vor. Wie der Wahl-O-Mat erarbeitet wird, obliegt der Kommission. Das SP stimmt darüber mit einfacher Mehrheit ab.

**Es kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag.**

**Bei 10 Enthaltungen und 16 Jastimmen wird der Antrag angenommen.**

Franziska (GRAS) stellt den GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung.  
Der WiWi Antrag, der vom FSVK Sprecher Marco zurückgezogen wurde, möge wieder auf die TO aufgenommen werden.

**Einstimmig wird beschlossen, dass der TOP „Antrag FSR WiWi“ aufgenommen wird.**

### **TOP12 Antrag des FSR WiWi**

Franziska (GRAS) stellt den Antrag vor. Dabei soll es eine Fahrt nach Athen geben, die insgesamt 4600€ kosten soll. Das Problem sei, dass eben die Fahrt nicht in diesem Haushaltsjahr geschehen solle, da aber die Jugendherberge ziemlich schnell ausgebucht sei und der FSR WiWi eine baldige Antwort liefern müsse, soll über den Antrag abgestimmt werden.

Lukas (ReWi, AStA-Fiannzer) fragt, ob der Vertrag verschickt wurde.

Franziska (GRAS) sagt, dass dies per Mail geschehen sei.

Charline (JuLis) sagt, dass die Jugendherberge wohl die schönste Jugendherberge Europas sei. Sie spricht sich für den Antrag aus.

Leon (GRAS) sagt, dass man Vergleichsangebote brauche und bittet um Vertagung des TOPs.

### **TOP13 Verschiedenes**

Da der Hausmeister vor der Tür steht, müssen die restlichen TOPs um 00:14 Uhr vertagt werden. Es wird darum gebeten, dass kommenden Freitag, 06.07.2018 eine weitere StuPa-Sitzung stattfinden soll.